

**An die
Bezirksvorstellung
Rudolfsheim-Fünfhaus
Gassgasse 8-10
1150 Wien**

Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 04.12.2025 bezüglich
Geschäftsstraße im Bereich der Hütteldorfer Straße

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht im Bereich der Hütteldorfer Straße von der Beingasse bis zur Hackengasse die Einrichtung einer Geschäftsstraße zu Prüfen und im Bedarfsfall rasch umzusetzen. Dies soll dazu dienen, dass sowohl Lieferanten als auch Kunden halten können, um Ladetätigkeiten durchzuführen oder Einkäufe zu tätigen.

B E G R Ü N D U N G

Auf der Hütteldorfer Straße wurde seit Mitte 2024 ein Radweg vom Urban-Loritz-Platz bis zur Wurmsergasse errichtet. Dabei wurden viele Parkplätze geopfert.

Durch die wegfallenden Parkplätze leiden viele Geschäfte unter Verlusten von Kunden und erwägen das Aufgeben ihrer Standorte.

Diese Situation könnte man dadurch verbessern, dass man an in diesem Bereich eine Geschäftsstraße einrichtet. Dadurch wird potentiellen Kunden und Lieferanten das Halten und Parken für die Dauer von bis zu 1,5 Stunden ermöglicht, da Parkplätze nicht dauerhaft blockiert sind.

Durch diese Regelung wären die Parkplätze nicht dauerhaft für Anrainer blockiert, da die Gültigkeitsdauer der Kurzparkzone beschränkt wäre, z.B. Mo.-Fr. (werktags) v. 8-18 Uhr, Sa. (werktags) v. 8-12 Uhr.

Dies würde die Geschäfte (z.B. ein Orthopädiebedarf, ein Blumengeschäft, ein Autozubehörgeschäft, ein Hörgerätegeschäft, Postamt, eine Bank und ein Taucherzubehör) in unserem Bezirk am Leben erhalten und nicht zu bereits vielfach geäußerten Absiedelungsplänen und somit Arbeitsplatzverlusten führen.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann

Dr. Günther Mück
Klubobmann-Stv.

Wien, am 27.11.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **04.12.2025** nachstehenden Antrag:

Streusalzeinsatz im Winterdienst

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien im Winterdienst den Streusalzeinsatz auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken. Außerdem sollen die privaten Winterstreudienste genaueren Prüfungen unterzogen werden, damit diese zu einem maßvolleren und nachhaltigeren Gebrauch von Auftaumitteln bewegt werden.

Begründung

In Wien ist seit 2003 das Streuen von natrium- oder halogenidhaltigen Auftaumitteln auf öffentlichen Gehsteigen im Abstand von zehn Metern zu Wiesen oder Baumscheiben verboten, wenn keine baulichen Maßnahmen den Salzeintrag verhindern. Leider kommt es aber beim Winterdienst immer wieder zu zahlreichen Verstößen gegen die bestehenden gesetzlichen Regelungen. Gerade die privaten Winterdienstleister halten sich hierbei oft nicht an die Verordnungen. Der übermäßige Gebrauch von Streusalz ist nicht nur für Pflanzen schädlich, auch unsere Haustiere leiden darunter. Das Salz greift etwa Hundepfoten an und kann auch in deren Magen gelangen und zu Übelkeit, Erbrechen und Durchfall führen.

Antrag

Keine Reduzierung der Einkaufsstraßenförderung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Reduzierung der Einkaufsstraßenförderung in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 04. Dezember 2025 gem. GO-BV §24 folgenden Antrag:

Der Bezirksvorsteher sowie die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, die Förderung der Einkaufsstraßen sowie der in diesem Bereich tätigen Einkaufsstraßenvereine nicht zu reduzieren, um die kontinuierliche Belebung des lokalen Wirtschaftsraums, die Durchführung qualitätvoller Veranstaltungen und die professionelle Arbeit der Vereine auch weiterhin zu gewährleisten.

Begründung:

Die Einkaufsstraßen und die dahinterstehenden Einkaufsstraßenvereine leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Vitalität des Bezirks. Sie stärken die lokale Nahversorgung, erhöhen die Attraktivität des öffentlichen Raums und fördern durch Veranstaltungen, Marketingmaßnahmen und Vernetzungsarbeit die Präsenz kleiner und mittelständischer Betriebe. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, steigender Betriebskosten und wachsender Herausforderungen für den stationären Handel sind stabile Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmerinnen und Unternehmer zu sichern.

Eine Reduktion der Fördermittel würde die Tätigkeit der Einkaufsstraßenvereine erheblich erschweren und die kontinuierliche Belebung der Geschäftsstraßen gefährden. Um den Wirtschaftsstandort Rudolfsheim-Fünfhaus nachhaltig zu stärken und die Vielfalt des lokalen Handels zu erhalten, ist eine Aufrechterhaltung der bisherigen Förderhöhe daher dringend geboten.



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 4. Dezember 2025 nachstehenden

ANTRAG

Public-Viewing in 1150 Wien bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2026

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien zu prüfen, ob die Durchführung eines Public Viewings in 1150 Wien realisierbar ist.

BEGRÜNDUNG

Österreich nimmt erstmals seit 28 Jahren wieder an einer Fußball-Weltmeisterschaft teil. Public-Viewing und gemeinsames Erleben eines Sportereignisses stärkt im Regelfall auch das Gemeinschaftsgefühl.

Als Orte wären zu prüfen: Reithofferpark, Vogelwaidplatz (da könnte auch eine Kooperation mit 1070 angedacht werden) oder der Leopold-Mistingger-Platz.

Da die Übertragung aller Spiele nicht sinnvoll erscheint, schlagen wir die Prüfung zweier Varianten vor.

- a) Übertragung der Spiele der österreichischen Mannschaft + alle Spiele ab dem Viertelfinale (also 3 + 8 an der Zahl).
- b) falls Variante a) logistische Schwierigkeiten verursacht so Übertragung aller Spiele ab dem Achtelfinale (also 16 Spiele).

Antrag

Verlängerung Öffnungszeiten Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Verlängerung der Öffnungszeiten der Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz zur Bezirksvertretungssitzung am 04. Dezember 2025 gem. GO-BV §24 folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsdienststellen, die Ausweitung der Öffnungszeiten der Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz, insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden, zu prüfen.

Begründung:

Die Hauptbücherei Wien ist aktuell Montag bis Freitag von 11:00 bis 19:00 Uhr sowie Samstag von 11:00 bis 17:00 Uhr geöffnet. Diese Öffnungszeiten entsprechen jedoch zunehmend nicht mehr den realen Bedürfnissen der Bevölkerung.

Gerade Studierende, Lehrlinge, junge Erwerbstätige sowie Eltern haben aufgrund ihrer Arbeits-, Ausbildungs- und Betreuungsverpflichtungen häufig erst am Abend die Möglichkeit, auf öffentliche Lern- und Arbeitsräume zuzugreifen. Hinzu kommen steigende Wohnkosten und oft begrenzte räumliche Bedingungen zu Hause, insbesondere für Familien und junge Menschen, die Wohnraum teilen. Öffentliche Bibliotheken übernehmen damit eine zentrale Rolle als barrierefreie, sichere und ruhige Orte für Bildung, Lernen und Weiterbildung.

Die gegenwärtigen Öffnungszeiten führen dazu, dass diese wichtige Funktion nicht im erforderlichen Ausmaß erfüllt werden kann. Eine Ausweitung der Abend- und Wochenendöffnungszeiten würde das Angebot für tausende Nutzerinnen und Nutzer spürbar verbessern und die Hauptbücherei als Wiener Leitbibliothek stärken.



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

Resolution

Sozialarbeiter an allen Pflichtschulen

Die Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am 04.12.2025 folgenden Resolutionsantrag:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für eine deutliche Stärkung der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften sowie Eltern an Wiens Pflichtschulen aus, um den pädagogischen Alltag bestmöglich zu entlasten und die Schulen in ihrer wichtigen Arbeit nachhaltig zu stärken.

Begründung:

Lehrerinnen und Lehrer an Wiens Pflichtschulen stehen derzeit vor vielfältigen Herausforderungen. Neben einer steigenden Zahl an Kindern, die nur über geringe Deutschkenntnisse verfügen, neu im Bildungssystem sind, traumatische Erfahrungen mitbringen oder einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, nehmen auch Belastungen wie Gewalt, Mobbing, Diskriminierung, Radikalisierung, Extremismus und Antisemitismus zu. Die Anzeigen an Wiens Schulen haben sich im Schuljahr 2022/23 vervielfacht, ebenso ist die Zahl der Suspendierungen deutlich gestiegen. Dennoch verfügen rund 70 Prozent der Wiener Pflichtschulen weiterhin über keine Schulsozialarbeit.

Auch in Rudolfsheim-Fünfhaus zeigt sich ein ähnliches Bild. An den Schulen unseres Bezirks kam es im vergangenen Jahr zu 54 Suspendierungen. Gleichzeitig standen für 22 Pflichtschulen lediglich zwei Schulsozialarbeiterinnen bzw. Schulsozialarbeiter zur Verfügung.

Um Schulen, Lehrkräfte und Schulleitungen nachhaltig zu entlasten, ist daher die flächendeckende Bereitstellung von Schulsozialarbeit an jeder Pflichtschule dringend erforderlich. Angesichts des bestehenden Lehrermangels und der hohen Belastung im Schulalltag ist zusätzliche professionelle Unterstützung im Bereich der Schulsozialarbeit ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung und Qualitätssicherung unseres Bildungssystems.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung 4. Dezember 2025 nachstehende

Resolution der SPÖ Rudolfstheim-Fünfhaus: Für ein lebenswertes und klimafittes Rudolfstheim-Fünfhaus

Die Bezirksvertretung Rudolfstheim-Fünfhaus spricht sich für weitere Maßnahmen zur Straßenbegrünung im Bezirk aus. Wo immer baulich und städteplanerisch möglich und sinnvoll, soll im Zuge notwendiger straßenbaulicher Eingriffe auch Begrünungsmaßnahmen in der Planung berücksichtigt werden.

Begründung:

Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortführen und uns weiterhin für einen lebenswerten und klimafitten Bezirk einsetzen. Die Durchschnittstemperaturen steigen und die Faktenlage ist eindeutig: Jeder einzelne Baum und Strauch verbessert das Mikroklima von Straßenzügen. So spendet ein einzelner erwachsener Baum nicht nur Schatten, sondern kühlt um bis zu drei Grad, verdunstet rund 400 Liter Wasser, nimmt 18 Kilogramm CO₂ auf und produziert etwa 13 Kilogramm Sauerstoff.

In den letzten Jahren wurden großzügige Budgetmittel für Begrünungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Durch den erhöhten Kostendruck der kommenden Jahre wird aber eine Finanzierung von Baumpflanzungen, Baumscheiben oder Ähnlichem nur mehr anlassbezogen möglich sein. Als Kontext: Die Pflanzung eines einzelnen Baums kostet die Stadt Wien rund 25.000€.

Das heißt: Der Ausbau der Straßenbegrünung soll dann mitberücksichtigt werden, wenn ohnehin Eingriffe in die Straßeninfrastruktur stattfinden, wie etwa bei der Erneuerung von Wasserrohren, elektrischer Netze oder dem Ausbau von Fernwärme/-kälte.

Mit der angespannten Budgetsituation einher geht auch die Notwendigkeit einer sozial gerechten Priorisierung. Es sind jene Straßen und Grätzl zu bevorzugen, die bisher noch ohne Bäume und Begrünung auskommen müssen.

Jakob Jensen-Lehner
Klubobmann



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung 4. Dezember 2025 nachstehende

Resolution der SPÖ Rudolfstheim-Fünfhaus: Wohnen ist ein Grundrecht.

Die Bezirksvertretung von Rudolfstheim-Fünfhaus spricht sich für ein neues Mietrecht auf allen Ebenen aus, das *transparente Regeln, faire Bedingungen und Anreize schafft*.

Begründung:

Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Doch in Rudolfstheim-Fünfhaus – dem ärmsten Bezirk Österreichs – wird dieses Grundrecht immer stärker bedroht. Während das Einkommen vieler Menschen kaum zum Leben reicht, explodieren die Mieten im privaten Bereich.

Nur 9% der Bezirksbevölkerung leben im Eigentum, 8% in Genossenschaftswohnungen – weit unter dem Wiener Schnitt. 21% leben im Gemeindebau – doch über die Hälfte (55%) lebt in freifinanzierten Mietwohnungen. Gerade dort steigen die Kosten seit Jahren ungebremsst: Zwischen 2019 und 2023 um 23%, in den letzten 15 Jahren sogar um 89% - doppelt so stark wie die Inflation.¹

Mietsteigerungen, Unsicherheit, Verdrängung

In frei finanzierten Wohnungen ist die Nettomiete pro Quadratmeter mehr als doppelt so hoch wie bei gefördertem Wohnraum (Gemeindebau oder gemeinnützige Genossenschaften). Laut Mietervereinigung müssen 81% der Wiener:innen heute einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben – für 64% ist das eine spürbare bis große Belastung. Besonders betroffen: Rudolfstheim-Fünfhaus, wo viele Menschen trotz harter Arbeit nur wenig verdienen. Steigende Mieten bedeuten weniger Geld für Ernährung, Bildung oder Gesundheit – und für viele den Weg in Überschuldung oder Wohnungsverlust.

Hinzu kommt die ständige Unsicherheit durch immer mehr befristete Mietverträge. Wer befristet wohnt, lebt mit der ständigen Angst, den Vertrag nicht verlängert zu bekommen – besonders Menschen mit migrantischem Hintergrund werden durch mangelndes Wissen oder Sprachbarrieren oft benachteiligt. Einkommensschwache Haushalte spüren einen steigenden Verdrängungsdruck: Steigende Kosten, mangelnde Instandhaltung und befristete Verträge zwingen viele zum Auszug. Das führt zu wachsendem Druck auf jene, die ohnehin am wenigsten Spielraum haben.

Strukturelle Ursachen

- Freifinanzierte Mieten entziehen sich jeder Kontrolle. Inflation, gestiegene Baukosten und Spekulation treiben die Preise.

¹ [Arbeiterkammer Wien](#)

- Große Immobilienkonzerne kaufen Altbauten auf, lassen sie verfallen oder sanieren sie zu Luxusobjekten Immer öfter wird nicht für Menschen gebaut, sondern für Kapitalanlagen – Wohnungen werden zu „Betongold“, stehen leer und dienen der Spekulation statt dem Wohnen.
- Mietwucher bleibt faktisch straflos. Ein Screening der Wiener Mieterhilfe (2020) zeigte: Die meisten privaten Altbaumieten liegen über den erlaubten Richtwertmieten. Trotzdem gibt es kaum Konsequenzen.

Das derzeitige Mietrecht lädt regelrecht zum Verlangen überhöhter Mieten ein. Wer überhöhte Mieten verlangt, riskiert kaum etwas – während Mieter:innen ihre Rechte oft gar nicht kennen oder sich vor dem Nicht-Verlängern der Befristung fürchten und daher nichts unternehmen wollen. So wird aus einem Grundrecht ein Geschäftsmodell, das einige Immobilienkonzerne systematisch ausnutzen.

Wir fordern faire Mieten, echte Sicherheit für Mieter*innen und ein Mietrecht, das schützt – nicht ausliefert. Denn: **Jede und jeder hat das Recht auf ein leistbares, sicheres Zuhause.**

Jakob Jensen-Lehner
Klubobmann

Resolution

Einkaufsstraßenförderung in Rudofsheim-Fünfhaus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudofsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am 04.12.2025 folgenden Resolutionsantrag:

Die Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus spricht sich für die Bedeutung der Förderung der Einkaufsstraßenvereine aus, um den Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken und die Vielfalt des lokalen Handels im Bezirk zu erhalten bzw. weiter auszubauen.

Begründung:

Die Einkaufsstraßen und die dahinterstehenden Einkaufsstraßenvereine leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Vitalität des Bezirks. Sie stärken die lokale Nahversorgung, erhöhen die Attraktivität des öffentlichen Raums und fördern durch Veranstaltungen, Marketingmaßnahmen und Vernetzungsarbeit die Präsenz kleiner und mittelständischer Betriebe. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, steigender Betriebskosten und wachsender Herausforderungen für den stationären Handel sind stabile Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmerinnen und Unternehmer zu sichern.

Eine Reduktion der Fördermittel würde die Tätigkeit der Einkaufsstraßenvereine erheblich erschweren und die kontinuierliche Belebung der Geschäftsstraßen gefährden. Um den Wirtschaftsstandort Rudofsheim-Fünfhaus nachhaltig zu stärken und die Vielfalt des lokalen Handels zu erhalten, ist eine Aufrechterhaltung der bisherigen Förderhöhe, oder wenn budgetär möglich, eine Anhebung daher dringend geboten.



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann